

## **PRESSEINFORMATION 29/2022**

### **BWIIHK befürchtet Aus für Neckarschleusenausbau – Klares Bekenntnis des Bundes gefordert**

Stuttgart, 21. April 2022 – Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIIHK) fordert ein klares Bekenntnis des Bundes zum Neckarschleusenausbau, um kein falsches Signal an Unternehmen zu senden. Denn die Wirtschaft benötige für den Transport von Gütern zeitnah klimafreundliche Alternativen zur Straße und habe sich auf den Ausbau des Neckars verlassen. „Es ist alarmierend, dass der für die Wirtschaft des Landes wichtige Neckarschleusenausbau nun auf der Kippe steht. Dabei sind solche Projekte für den Umstieg auf den nachhaltigen Verkehrsträger Binnenschiff von zentraler Bedeutung“, so Artin Adjemian für die Federführung Verkehr des BWIIHK.

Der Finanzplan des Bundes sieht eine Reduzierung der finanziellen Mittel für die Binnenwasserstraßen von bisher 2,6 Milliarden auf 2,1 Milliarden pro Jahr von 2023 bis 2025 vor. Bei prognostizierten Gesamtkosten von mehr als einer Milliarde Euro für den Erhalt und die Verlängerung der Neckarschleusen befürchtet der BWIIHK das Aus für das Projekt.

Als nachhaltiger Verkehrsträger könne das Binnenschiff maßgeblich zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen beitragen, so der BWIIHK. Im Vergleich zur Straße und Schiene habe das Binnenschiff zudem als einziger Verkehrsträger noch Kapazitäten frei, um die prognostizierten Gütermengen zu bewältigen.

Diese und weitere BWIIHK-Pressemitteilungen finden Sie [dort](#).

Ansprechpartner für die Redaktionen:

BWIIHK | FF Verkehr  
IHK Rhein-Neckar  
Artin Adjemian  
Telefon +49 (0)621 1709-230  
E-Mail: [artin.adjemian@rhein-neckar.ihk24.de](mailto:artin.adjemian@rhein-neckar.ihk24.de)

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHK). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.